



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 8./9./16. Mai 2018

Wenn die Diskussionen über die Nationalhymne an der Schule drei Mal so lange dauern wie jene über das Millionengeschäft des Wasserkraftwerkes Alpiq, dann sind wir in der Politik... Meine dritte Session war die bisher ruhigste – zumindest 2 ½ Sessio- nen lang, bevor dann das Geschäft über die [Nationalhymne an den Schulen](#) an der Reihe war. Mitverantwortlich für die plötzlich aufkommende Hektik waren auch die Medien, denn diese haben der Nationalhymne scheinbar hohe Wichtigkeit zugeordnet. So tauchte ein Kameramann auf, was wiederum dazu führte, dass sich diverse Sprecher profilieren wollten. Schlussendlich wurde das Geschäft mit 56 Nein-, zu 35 Ja-Stimmen abgelehnt. Ich war in dieser Frage lange hin- und hergerissen und konnte die Argumente beider Seiten verstehen – schlussendlich drückte ich die Ja-Taste, um so ein Zeichen für unsere Schweizer Werte und unseren Schweizer Psalm zu setzen.

Zuvor war es aber wie erwähnt lange relativ ruhig. Es standen Geschäfte an, welche kaum zu grossen Wogen führten, somit wurde erfreulich oft sachlich debattiert. Am meisten Emotionen gab eine Interpellation zum Thema [Sozialhilfekosten](#). Hier gehen die Meinungen von «mehr sozialer Leistung» (links) bis hin zu «massivem Abbau» (rechts) weit auseinander. Dieses Thema wird oft genutzt, um sich parteipolitisch zu positionieren. Da es aber «nur» eine Interpellation war, nahm man die Entwicklung der stetig steigenden Sozialhilfekosten (vorerst) einfach mal zur Kenntnis, ohne weitere Massnahmen zu beschliessen.

Persönlich

Endlich war es soweit, nun konnte ich mein erstes offizielles Votum als Kantonsrat halten. Beim Traktandum «Entwicklung der Sozialhilfekosten» wies ich als Einzelsprecher auf die Situation im Niederamt hin. Weil im angrenzenden Kanton Aargau die Sozialhilfe immer mehr gekürzt wird, führt dies zu immer mehr Zuzügen von Sozialhilfeempfänger ins Niederamt – zu Lasten der Finanzen der Solothurner Gemeinden. Als Gemeindepräsident und als einer, der die Finanzen im Griff haben muss, ist es mir wichtig, diese Entwicklung unbedingt im Auge zu behalten.

Das zweite Votum, als Fraktions- sprecher zu den «Ermessens- veranlagungen», musste noch einmal warten – das Geschäft kam nicht mehr an die Reihe. Es dürfte aber dann am ersten Tag der nächsten Session soweit sein.

Bei der Änderung des [Sozialgesetzes \(Restkostenfinanzierung\)](#) gab vor allem die Frage zu diskutieren, ob die Leistungsbezüger einen Teil der Wegkosten der Spitex selber bezahlen müssen. Mit dem Argument, dass ambulante Pflege zu fördern sei, wollte die SP erreichen, dass zukünftig sämtliche Wegkosten die Gemeinden übernehmen müssen. Diesem Antrag konnte ich als einer, der immer auch einen Blick auf die Autonomie und Finanzen der Gemeinden wirft, nicht zustimmen und war damit in der Mehrheit. Gemeinden, welche die Kosten für die Patienten übernehmen wollen, können dies natürlich dennoch tun.

Geändert wurde das [Gemeindegesetz im Bereich der Wahlen](#). Drei spezielle Situationen, welche bei den letzten Wahlen im Kanton zu diskutieren gaben und teils zu Kopfschütteln führten, haben zu drei Aufträgen geführt, die alle in eine ähnliche Richtung zielten. Es ging um die Frage, ob zukünftig stille Wahlen noch möglich sein dürfen und ob bzw. wie zweite Wahlgänge ausgeschrieben werden sollen. Als Gemeindepräsident bin ich für die Möglichkeit von stillen Wahlen und für möglichst viel Selbständigkeit der Gemeinden. Jede Gemeinde soll somit selber die für sie optimale Variante wählen können. Dies, sowie neu die Möglichkeit, dass im zweiten Wahlgang neue Kandidaten zugelassen werden sollen, sah auch die Mehrheit im Rat so.

In Kürze

Die [Konzessionserneuerung für das Wasserkraftwerk der Alpiq](#) gab keine grossen Diskussionen, einstimmig wurde dem Geschäft zugestimmt. Sehr fraglich war das Geschäft «[Erneuerung Microsoft Assurance bei der Polizei](#)». Dies, weil man faktisch einer Monopol-Stellung unterliegt und somit gar nicht nein sagen kann. Trotzdem musste das Geschäft nach internationalen Richtlinien ausgeschrieben und nach politischem Prozess debattiert werden – Bürokratie pur. [Vereinsbeizli](#) sollen wieder einfacher geführt werden können. Der Kantonsrat stimmte einem entsprechenden Auftrag deutlich zu.

Von den insgesamt 47 traktandierten Geschäften konnten lediglich 21 erledigt werden. Die nächste Session findet am 26./27. Juni und 4. Juli 2018 statt.

André Wyss